

## Bürger misstrauen der Zeitarbeit...

Finden Sie es gut, dass es Zeitarbeitjobs gibt?



## Ablehnungsfront gegen die Zeitarbeit

[Renate Köcher](#) 09.10.2010

**Die Bundesbürger sehen die Zeitarbeit zunehmend kritisch und unterschätzen die ökonomischen Vorteile. Streitpunkt ist vor allem die unterschiedliche Entlohnung von Stammbeschäftigten und Leiharbeitnehmern.**

Es ist ein tarifpolitisches Novum: Die deutsche Stahlindustrie hat in ihrem neuen Tarifvertrag festgeschrieben, dass Leiharbeiter ab 2011 den gleichen Lohn erhalten wie die Stammbeschäftigten. Diese neue Regelung wird von anderen Branchen teilweise sehr kritisch kommentiert. Die Gewerkschaften hingegen, die das Equal-Pay-Prinzip seit Langem fordern, erhoffen sich vom Stahlabschluss eine Signalwirkung für andere Wirtschaftsbereiche.

Nur eine kleine Minderheit der Erwerbstätigen in Deutschland arbeitet als Leiharbeitskraft. Zwei Prozent der Erwerbstätigen befinden sich zurzeit in einem solchen Beschäftigungsverhältnis, knapp sieben Prozent haben früher einmal damit Erfahrungen gesammelt. Doch die Aufmerksamkeit für die Regelung der Leiharbeit reicht weit über diesen Kreis hinaus. Die Leiharbeit ist zum Gegenstand der öffentlichen Debatte geworden – und die Bundesbürger stehen dieser Form der Beschäftigung heute weitaus kritischer gegenüber als noch vor wenigen Jahren.

Noch vor drei Jahren hielten sich die grundsätzliche Befürwortung und Ablehnung annähernd die Waage. 36 Prozent der Bürger fanden es damals prinzipiell gut, dass es neben Festanstellungen auch Leiharbeit gibt; 40 Prozent bewerteten die Leiharbeit grundsätzlich kritisch. Heute stehen ihr nur noch 21 Prozent positiv gegenüber, 58 Prozent hingegen sehen sie kritisch.

Was sind die Ursachen für diesen deutlichen Imageverlust? Unter anderem hat der Fall Schlecker das Image der Zeitarbeit nachhaltig beschädigt. Als Pläne des Unternehmens bekannt wurden, Mitarbeiter zu entlassen und zu niedrigeren Tarifen in einer Zeitarbeitsfirma erneut zu engagieren, war die öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland hoch.

Die ökonomischen Vorteile der Leiharbeit hingegen werden von vielen Bürgern unterschätzt. Das Argument etwa, dass viele Unternehmen oft nur zeitweise zusätzliche Mitarbeiter brauchen und dass durch Leiharbeit zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, verändert das Meinungsbild nur begrenzt: 26 Prozent der Bevölkerung befürworten unter dem Eindruck dieser Argumente die Existenz von Leiharbeit. 60 Prozent sprechen sich dagegen aus; sie sehen Leiharbeiter als Arbeitnehmer zweiter Klasse, die auf weniger Sicherheitsgarantien bauen können und materiell schlechter gestellt sind.

Leiharbeit ist für die Flexibilität vieler Unternehmen, für ihren Spielraum, auf Auftragsschwankungen reagieren zu können, immens wichtig. Die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Beschäftigungsform hängt jedoch in hohem Maße von der Entlohnung der Leiharbeit ab und deren Verhältnis zu den regulären Löhnen.

Ein signifikanter Unterschied zwischen den Löhnen für Stammbeschafteten und Leiharbeiter widerspricht den Gerechtigkeitsvorstellungen der überwältigenden Mehrheit. 87 Prozent der Bundesbürger halten es für ungerecht, wenn für dieselbe Tätigkeit unterschiedliche Löhne gezahlt werden; nur fünf Prozent halten eine merkliche Differenzierung für richtig und gerecht.

Es geht dabei auch um die Frage, wer den Preis für die höhere Flexibilität zahlen soll. Die Mehrheit der Bundesbürger zögert, den Unternehmen, die Leiharbeit in Anspruch nehmen, einen Aufpreis für Leiharbeit abzuverlangen, der gleiche Löhne und die Aufwendungen für die vermittelnden Firmen abdeckt. Es gibt jedoch einen breiten Konsens, dass die Leiharbeit angemessen honoriert werden muss.

Vor diesem Hintergrund können die aktuellen Initiativen der Arbeitgeberverbände der Leiharbeitsbranche zugunsten eines Mindestlohns für Leiharbeit mit breiter Unterstützung rechnen. Die auf den ersten Blick erstaunliche Initiative der beiden Verbände ist durch die Sorge motiviert, dass mit der Freizügigkeit aller EU-Arbeitnehmer, die im Mai 2011 in Kraft tritt, im Bereich der Zeitarbeit verstärkte Billigkonkurrenz auftritt und dass dadurch eine Lohnspirale nach unten in Gang kommt.

Die große Mehrheit der Bürger steht Mindestlöhnen generell positiv gegenüber – unabhängig davon, ob sie für Leiharbeit oder für reguläre Beschäftigungsverhältnisse zur Diskussion gestellt werden. 62 Prozent befürworten die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen, wobei die meisten an ein Lohnniveau denken, das eher am unteren Rand der in einzelnen Branchen bereits geltenden Mindestlöhne angesiedelt ist.

Der bereits praktizierte Weg, dass der Staat bei Geringverdienern das Einkommen mit Zuschüssen aufbessert, ist aus Sicht der großen Mehrheit keine überzeugende Alternative. Die Bürger halten daran fest, dass eine Vollzeitwerbstätigkeit so honoriert sein sollte, dass der Lebensunterhalt auch ohne staatliche Unterstützung gesichert ist.